

Antrag auf Stellungnahme gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG

der Abgeordneten Petra Steger, Dipl.-Ing. Gerhard Deimek
und weiterer Abgeordneter

betreffend Punkt 4 der Tagesordnung COM (2021) 802 final Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gesamtenergieeffizienz an Gebäuden (Neufassung) (Text von Bedeutung für den EWR) (087901/EU XXVII.GP)

eingbracht in der Sitzung des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union am 14. Februar 2023

Umweltpolitik mit Hausverstand statt ideologiegetriebener Auflagen und Verbote

Österreich kämpft mit der höchsten Inflationsrate seit 1952. Die EU-Sanktionsregime infolge des Kriegsausbruches in der Ukraine ließen die Preise für Haushaltsenergie und für Treibstoff in die Höhe schnellen.¹ Nicht übersehen werden darf allerdings, dass bereits vor dem Kriegsbeginn am 24. Februar 2022 die Inflation in Österreich laut Statistik Austria bei 5 Prozent lag. *„Der Anstieg der Treibstoffpreise fiel dabei im Jänner zwar etwas weniger massiv aus als noch im Dezember 2021, trug aber immer noch wesentlich zur Teuerung bei. Ungebrochen blieb der Preisauftrieb bei Haushaltsenergie“*, hält die Statistik fest.²

Vor diesem Hintergrund muss man sich die Frage stellen, welche Faktoren diese beachtliche Inflationsrate im Vorfeld des Kriegsausbruchs verursachten. Als Antwort auf diese Frage ist klar die Politik der sogenannten „grünen Transformation“ anzuführen.

Bereits vor dem Beginn der russischen Militäroperationen gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 explodierten die Preise für die im Energiepreisindex erfassten Energieträger in Österreich. Im Jahresvergleich zu 2021 verteuerten sich die Preise für Strom um 6,2 Prozent, für Diesel um 30,8 Prozent, für Gas um 37,7 Prozent, sowie für Heizöl um 45,8 Prozent. Zusammengenommen weist der Energiepreisindex eine Steigerung von 22,4 Prozent auf.³

Ohne Zweifel war demnach die Preisentwicklung im Energiesektor bereits vor dem russischen Angriff bedenklich im Steigen begriffen. Mitverursacher dieser besorgniserregenden Tendenz ist die „grüne“ Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Hans-Werner Sinn, ehemaliger Chef des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, erkennt in der sogenannten Energiewende einen Inflationstreiber. *„Das Verbot der billigen traditionellen Energiequellen zwingt die Wirtschaft, auf teurere Energieträger auszuweichen“*, hält Sinn fest.⁴ Hinzu kommen Mehrkosten aufgrund der Bepreisung

¹ <https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/inflation-in-oesterreich-in-zweistelligen-bereich-geklettert-128596618>

² <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/05/20220223VPIJaenner2022.pdf>

³ <https://www.energyagency.at/fakten-service/energiepreise/httpswwwenergyagencyatepi.html>

⁴ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/gruene-inflation-101.html>

der Treibhausgase im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems, sowie seiner nationalen Pendanten. Die Preise für CO₂-Zertifikate gehen regelrecht durch die Decke, eine Folge davon sind erhöhte Produktionskosten. Der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel konstatiert, dass die politisch gewollte Verteuerung der Treibhausgase die „grüne Inflation“ antreibt. Die Tagesschau hält hierzu fest: *„Tatsächlich dürften die Klimaschutz-Programme wie das Fit-for-55-Paket der EU-Kommission und der Umstieg auf die vorerst teureren erneuerbaren Energien die Strom- und Verbraucherpreise hierzulande weiter antreiben.“*⁵

Österreich bleibt von diesen EU-weiten Entwicklungen keineswegs verschont, vielmehr tragen verantwortungslose Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung – Stichwort CO₂-Steuer – dazu bei, dass hierzulande die Energiepreise immer weiter steigen werden. Klar ist, dass diese Teuerungen politisch gewollt sind und zum Ziel haben, ideologisch aufgeladene Klimaprogramme auf Kosten der Bürger zu forcieren. Denn schlussendlich hat der Bürger als Endkonsument die entstehenden Mehrkosten zu tragen.

Nun sollte man meinen, dass von diesen kostentreibenden Luftschlössern dann abgelassen wird, wenn die Realpolitik in einem Moment der Krise politische Vernunft und Hausverstand verlangt. Doch das Gegenteil ist der Fall: Seit dem Ukraine-Krieg versteift sich die Europäische Kommission geradezu in ihrer Klimahysterie und will den Krieg vielmehr zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen. Wie so oft in ihrer jüngeren Geschichte macht sich die EU Krisenmomente zu eigen, um ihre Agenda durchzusetzen. Auf die einfachen Haushalte und die Mehrbelastungen für den Bürger wird dabei keinerlei Rücksicht genommen.

Mit der Verabschiedung des „Fit for 55“-Pakets drohen weitere massive Teuerungswellen und die Abwanderung der europäischen Industrie. Die Pläne der EU-Kommission führen auch keineswegs zu einer Verringerung, sondern nur zu einer Verlagerung von Treibhausgasen zulasten der europäischen Wirtschaft. Sie stellen außerdem eine Gefahr für den noch vorhandenen Wohlstand in unserer Heimat Österreich dar.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Antrag auf Stellungnahme
gemäß Art. 23e Abs. 3 B-VG**

„Die österreichische Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene gegen die Pläne des „Fit for 55“-Pakets auszusprechen und diese abzulehnen. Im Speziellen ist einem Verbot von Benzin- und Dieselfahrzeugen eine klare Absage zu erteilen.“

Das gegenständliche Vorhaben ist auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet, der sich auf die Erlassung von Bundes(verfassungs)gesetzen auf dem im Rechtsakt geregelten Gebiet auswirken würde.

⁵ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/gruene-inflation-101.html>